

Stellungnahme zum Antrag des RH Haenelt

Fragenkomplex Wohnbau RH Fokke Schmidt (FDP) Ratssitzung am 1.4.2008

Herr Haenelt, gerne gebe ich zu, dass das Aufklärungsbedürfnis der Bevölkerung, ganz besonders der betroffenen Mieter groß ist und all die von Ihnen aufgeworfenen Fragen stelle nicht nur auch ich mir, sondern stellen wir uns alle.

Viel größer, als das Aufklärungsbedürfnis der Bevölkerung scheint mir aber ihr ausgeprägtes Geltungsbedürfnis.

Sie haben in vielen Punkten Ihres Schreibens, welches in meinen Augen übrigens keinen Antrag darstellt, recht:

- Ein Geschäftsführer kann nicht tun und lassen, was er will
- Ein Geschäftsführer hat Sorgfalt zu beachten
- Ein Geschäftsführer muss sich stets ein genaues Bild der Lage machen
- Ein Geschäftsführer haftet für die Folgen von Nachlässigkeiten bei Delegation und Überprüfung

Etc.

Aber all das wissen wir auch ohne Ihre Ausführungen. Wir wissen mittlerweile auch, das in der Ausübung der Geschäftsführertätigkeit für die Wohnbau diese selbstverständlichen Grundsätze nicht immer mit der entsprechenden Ernsthaftigkeit und vielleicht unter Unkenntnis der straf- und zivilrechtlichen Folgen ausreichend befolgt wurden.

Was wir alle noch nicht wissen sind die Antworten auf die meisten ihrer Fragen. Nach den Antworten suchen zur Zeit Ermittler der Staatsanwaltschaft – deren Einschaltung sie übrigens begrüßt haben - mit Unterstützung der aktuellen Geschäftsführung und Anwälte.

- Wir wissen noch nicht genau, ob die insolvenzrechtlichen Grundsätze wegen Überschuldung gegeben sind.
- Wir wissen noch nicht ob die alten oder neuen Geschäftsführer sich schadenersatzpflichtig haftbar gemacht haben oder gar strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden müssen.
- Wir wissen noch nicht, ob das Insolvenzverfahren eingeleitet werden muss.

Wir wissen aber alle ganz genau, dass sie wissen, das wir das alles noch nicht wissen.

Wenn wir das alles so genau wüssten, bräuchten wir keine Fachleute, die den insolvenzrechtlichen, strafrechtlichen und haftungsrechtlichen Hintergrund prüfen und ermitteln. Dann bräuchten wir nur noch lauter kleine Bruno Haenelts, wovor uns Gott bewahre !

Weil wir wiederum wissen, das sie – Herr Haenelt -genau wissen, das wir diese Fragen noch nicht abschließend und sattelfest beantworten können, wissen wir, dass der hier von Ihnen angebrachte Antrag nichts anderes ist, als reine Selbstdarstellung. Dieser Antrag ist der Versuch, ein öffentliches Tribunal von Haenelts Gnaden herbeizuführen, bevor die Ermittlungsbehörden auch nur Anfangsergebnisse vorgelegt haben. Sie möchten hier Ermittler, Ankläger und Richter in einer Person sein und treten die für jeden Bürger geltende Unschuldsvermutung mit Füßen.

So genau wie wir, wissen auch Sie, das diejenigen, von denen Sie diese Fragen beantwortet haben möchten, seien es die ehemaligen Geschäftsführer oder die neuen Geschäftsführer, seien es die Mitglieder des ehemaligen Aufsichtsrates oder des aktuellen Aufsichtsrates, sei es der ehemalige Stadtkämmerer oder der amtierende Kämmerer – das all diese Personen im Laufe der staatsanwaltlichen Ermittlungen zu Zeugen oder gar Beschuldigten, wenn nicht sogar Angeklagten werden können.

Und sie versuchen hier Ratsmitgliedern, die – wie zum Beispiel die Kollegin Helms oder der Kollege Begemann – mit der Materie nicht im geringsten vertraut sind, dazu zu zwingen, heute festzustellen, dass die Wohnbau insolvent ist oder das Herr Müller abberufen werden muss. Das ist eine Frechheit.

Sie versuchen mit ihren Fragen allein aus Gründen der eigenen Profilierung in ein laufendes Verfahren einzugreifen und Personen zu Aussagen zu bringen, die sie nicht machen können und dürfen.

Um die Fragen zu klären hat man die Staatsanwaltschaft und Anwälte eingeschaltet. Sie können sich noch so eine Mühe geben, sie werden nicht als brutalstmöglicher Aufklärer in die Geschichte der Wohnbau eingehen. Aufklären werden die Vorgänge Fachleute – sie vermarkten die Vorgänge aus reinem Eigennutz und das ist schädlich für die laufenden Ermittlungen, schädlich für unser Rechtssystem und schädlich für das Vertrauen in die Ermittlungsbehörden in deren Hände wir die Aufklärung gegeben haben.

Bezüglich der Frage d) die den ehemaligen Geschäftsführer Müller betrifft, stimme ich teilweise mit Ihnen überein. Ich bezweifle allerdings, dass eine Abberufung durch den Rat von Nöten ist und glaube auch, dass das verfahrenstechnisch gar nicht geht.

Ich glaube vielmehr, dass Herr Müller sich seiner Verantwortung mittlerweile bewusst ist und erkannt hat, dass in seiner Amtszeit schwere Verfehlungen vorgefallen sind, die er als Geschäftsführer eventuell mit zu verantworten hat. Herr Müller wird wissen, wann und ob es an der Zeit ist, sein Mandat im Aufsichtsrat niederzulegen, bis die Angelegenheit und die mögliche ihn betreffende zivil- und strafrechtliche Schuld- und Haftungsfrage geklärt ist und ich gehe davon aus, dass er das als Ehrenmann auch sehr zeitnah tun wird um der „Political Correctness“ gerecht zu werden. Wenn er sich nicht zur Niederlegung des Sitzes im Aufsichtsrat entschließt, ist das seine ureigene Entscheidung deren Außenwirkung in der Bevölkerung er und die ihn tragende Partei selber zu verantworten haben. Dazu brauchen weder Herr Müller noch die CDU ihre Belehrung oder Aufforderung.

Die Bevölkerung selber bitte ich um Geduld. Wir haben es hier mit einem Fall zu tun, in dem es um Millionen geht und um möglicherweise sehr hohe Schadenersatzansprüche und schwerwiegendes strafrechtliches Verhalten. Die Aufklärung braucht Zeit, Schnellschüsse können Unschuldigen schaden. Bitte haben sie Geduld und lassen sie sich nicht von populistischen Attacken treiben. Sie haben mein Wort, dass die Aufklärung läuft und wir gemeinsam mit den Ermittlungsbehörden alles tun werden um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Das gelingt uns nicht, indem wir dem Ruf des RH Haenelt nach einem öffentlichen Tribunal während der laufenden Ermittlungen nachgeben.

Aus den hier aufgeführten Gründen, bitte ich den Rat hier Nichtbehandlung zu beschließen, was ich hiermit auch beantrage.

Der Antrag auf Nichtbefassung wurde mit 15 Ja-Stimmen (auch mit der der PRO Borkum Ratsfrau Eilers !!!) gegen die Stimme von RH Haenelt angenommen)